

„CO2-Steuer“ subventionierte Strompreissenkung führt zur volkswirtschaftlichen Kostensteigerung

geschrieben von Admin | 11. Juli 2025

Die geplanten Strompreissenkungen beruhen auf Subventionen und Umschichtung von Stromkosten in den Staatshaushalt. Die realen Stromkosten steigen mit Fortführung der Energiewende schnell weiter.

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB**

„Wir werden die Strompreise verringern“, war eine wesentliche Aussage der Regierungsparteien im letzten Wahlkampf. Diese Absicht wurde auch im Koalitions-Vertrag festgeschrieben. Nun werden die Maßnahmen bekannt, die zur Strompreissenkung führen sollen.

Für die energieintensive Industrie soll der Strompreis durch Subventionen deutlich abgesenkt werden. Die übrigen Betriebe profitieren davon nicht. Große Anteile der Netzkosten sollen in den Staatshaushalt überführt werden. (Die Einspeisevergütungen für „grünen“ Strom werden bereits seit einiger Zeit aus dem Steueraufkommen bezahlt.) Mit dieser Umschichtung der Kosten sinken optisch die Stromrechnungen. Die Steuerlast steigt jedoch stärker, denn für die Umschichtung muss die staatliche Verwaltung vergrößert werden. Diese geplante Strompreissenkung ist in Wirklichkeit eine undurchsichtige Preiserhöhung.

Welche Möglichkeiten hätte unsere Regierung für eine reale Strompreissenkung? Zur Beantwortung dieser Frage muss man sich die verschiedenen Kosten der Stromversorgung anschauen.

So setzt sich der Strompreis 2025 von durchschnittlich 40 Ct/kWh zusammen:

- 40,4 % Strombeschaffung (16 Ct/kWh)
Stromerzeugung oder Stromeinkauf inkl. Vertrieb und Gewinnmarge.
- 32 % Steuern und Abgaben (13 Ct/kWh)
Mehrwertsteuer, Stromsteuer, Konzessionsabgabe, KWK-Aufschlag, StromNEV-§19, Offshore-Netzumlage.
- 27,6 % Netzentgelte (11 Ct/kWh)
Stromtransport, Messstellenbetrieb, Abrechnung.

Stand: Juni 2025

Quellen für die Daten sind: **BDEW, BNetzA**

In dieser Zusammenstellung sind die über den Staatshaushalt finanzierten Einspeisevergütungen von 2 bis 3 Ct/kWh nicht enthalten.

Linke Tasche, rechte Tasche

Die hohen Strombeschaffungskosten können wesentlich vermindert werden durch die Beendigung der Energiewende. Hier sind an erster Stelle die Abgaben auf CO₂-Emissionen zu nennen, die den Kraftwerkstrom um etwa 7 Cent/Kilowattstunde (Ct/kWh) verteuern. Kraftwerke liefern rund die Hälfte unseres Strombedarfs und stabilisieren mit ihrer Regelbarkeit das Stromnetz. Ein stabiles Netz braucht mindestens 40 Prozent Kraftwerkstrom.

Wind- und Solarstrom wird über 20 Jahre nach dem Energien-Einspeise-Gesetz (EEG) hoch vergütet. Bei Sonnenschein und Starkwind kommt es zur Überproduktion. Dann sinkt sein Börsenwert weit unter die Einspeisevergütung. Da Strom großtechnisch nicht gespeichert werden kann, gibt es immer wieder Stromüberschuss, für dessen Entsorgung gezahlt werden muss, da eine technisch naheliegende Abschaltung politisch nicht gewollt ist und Ersatzzahlungen nach sich zöge. Die Strombörse notiert dann negative Preise. Mit jeder weiteren Wind- oder Solaranlage nimmt der Stromüberschuss zu und damit die Entsorgungskosten.

Die Netzkosten steigen mit Fortführung der Energiewende. In der See und der Erde verlegte Gleichspannungs-Starkstromleitungen sollen die Off-Shore Anlagen mit dem deutschen Stromnetz verbinden. Das kostet pro Kilometer je nach Untergrund zwischen 1 bis 5 Millionen Euro. Es werden rund 40 Tonnen Kupfer pro Kilometer vergraben mit einem Metallwert von mehr als einer viertel Million Euro. Die steigenden Netzgebühren sollen wiederum vom Staat übernommen werden, um die Stromrechnung gering zu halten.

Bei all diesen Plänen wird an der Stützung der Energiewende mit circa 100 Milliarden Euro/Jahr zur Weltklimarettung nicht gerüttelt. Nun stellt Finanzminister Klingbeil (SPD) fest, im Staatshaushalt fehlt das Geld zur Verringerung der Stromrechnung. Eine Entlastung wird es nicht geben. Damit sind weitere Strompreiserhöhungen für Haushalte und große Teile der Industrie programmiert. Die Träume zur Stützung der Industrie und zum Erhalt der Arbeitsplätze zerplatzen. Was ist zu tun?

Ideologische Träumereien

Die Regierung muss von ideologischen Träumereien Abschied nehmen und sich den Realitäten zuwenden. Mehr Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Luft soll maßgeblich zu einer kritischen Erderwärmung beitragen. Auf dieser Annahme beruht die Energie- und Klimapolitik in Deutschland und Europa. Das ist zu hinterfragen. In der Erdgeschichte gibt es dafür keine

Beweise. Es ist eine einseitige Behauptung mit dem Ziel, die Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas zu beenden. So wird Wasserdampf (u.a. Wolken), der wesentlich stärker auf die Erderwärmung wirkt, bei der gesamten Klimadiskussion nicht beachtet. Die Profiteure der Energiewende haben weltweit mit Erfolg große Angst vor CO2-Emissionen geschürt. Ebenso wird der Heizeffekt klarer Luft ohne Aerosole und Feinstaub (Qualm aus dem Kamin) immer stärker. Viele Menschen, auch viele Politiker glauben an die immer wieder geschilderten gefährlichen Auswirkungen von CO2, sofern sie nicht allein schon als Energiewende-Profiteure den CO2-Hype propagieren.

Fossile Energieversorgung muss bleiben

Wenn wir wirtschaftlich wieder Fuß fassen wollen, müssen wir die Energiewende beenden und unsere Energieversorgung auf die fossilen Brennstoffe stützen, die die größte Energiedichte und die geringsten Preise haben. (fossile Brennstoffe: 10 kWh/kg und 1,5 Cent/kWh, Batterien: 0,3 kWh/kg und 15 Cent/kWh bei Ladung mit Windstrom).

Die Steuern und Abgaben müssen bis auf die Konzessionsabgabe, die eine wichtige Finanzierung der Gemeinden für Niederspannungsnetz ist, aufgegeben werden. Die Mehrwertsteuer sollte auf 7 Prozent abgesenkt werden. Strom gehört zu den Grundbedürfnissen wie Nahrungsmittel.

Kein Ausbau nötig

Ohne Energiewende kann auch der Ausbau des Stromnetzes gestoppt werden. Die Stromversorgung erfolgt dann wieder in Verbrauchernähe mit Kohlekraftwerken. Leitungsverluste durch Blindstromkompensation und elektrischen Widerstand werden geringer.

Mit diesen Maßnahmen sinkt der Strompreis für den Endkunden auf 10 bis 15 Cent/kWh. Damit ist die Industrie weltweit wieder wettbewerbsfähig. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Wirtschaft in Deutschland zu retten. Die geplanten staatlichen Investitionen in die Infrastruktur sind grundsätzlich richtig. Sie sind aber Beiwerk zur Rettung der Wirtschaft. Preiswerte Energie ist der Schlüssel zu Wohlstand.

Bei Verlust von Abgaben und Steuern, sowie bei neuen staatlichen Aufwendungen rufen die Finanzpolitiker nach der Gegenfinanzierung. Diese ist gegeben. Denn der gesamte Aufwand zur Stützung der Energiewende beträgt, wie bereits erwähnt, über 100 Milliarden Euro im Jahr. Dazu kommt der Abbau großer Verwaltungsbereiche in Bundesministerien, Ländern und Kommunen, die die Energiewende stützen. Für die Industrie entfallen viele gesetzliche Verpflichtungen wie Ermittlung von Energiedaten in ihren Betrieben und Weitergabe an die Verwaltungen. Sie kosten zurzeit der Wirtschaft viele hundert Millionen Euro im Jahr.

Fossile Energieversorgung = hohe Energiedichte, Wind- und Solar = extrem geringe Energiedichte

Unsere Energieversorgung muss durch fossile Brennstoffe (Kohle für Strom, Gas für Heizen und Öl für Treibstoff) gesichert werden. Sie haben eine hohe Energiedichte, sind preiswert, lagerfähig und jederzeit einsatzbereit. Besonders unter Sicherheitsaspekten ist Kohle am wichtigsten. Sie kann beliebig lange bei Kraftwerken auf Halde gelagert werden. Damit steigt die Sicherheit zur Stromversorgung. Deutschland ist weitgehend von Energieimporten abhängig und damit erpressbar. Die Abhängigkeit sollte verringert werden. Dazu sollte die Verstromung von heimischer Braunkohle nicht aufgegeben sondern ausgebaut werden, wobei allerdings der globale Import von Kohle unverzichtbar ist. Fracking zur Förderung Öl und Gas aus Schiefergestein in Deutschland sollte kein Tabu sein, wenngleich der Anteil gering bleiben dürfte.